



Ausschuss für Kultur und Medien

61. Sitzung (öffentlich)

24. Mai 2016

Düsseldorf – Haus des Landtags

14:00 Uhr bis 15:30 Uhr

Vorsitz: Karl Schultheis (SPD)

Protokoll: Uwe Scheidel

Verhandlungspunkte und Ergebnisse:

- 1 Kulturelles Erbe schützen, Freiheit von Kunst und Kultur bewahren und stärken – Gesetzentwurf zum Kulturgutschutz muss gründlich überarbeitet werden** **4**

Antrag
der Fraktion der FDP
Drucksache 16/10915

– Zuziehung von Sachverständigen –

(Teilnehmende Sachverständige und Stellungnahmen siehe Anlage.)

- 2 Verschiedenes** **25**

Vorsitzender Karl Schultheis: Meine Damen und Herren! Ich darf Sie bitten, Platz zu nehmen. Sie sehen, das Rund ist nicht komplett. Das hat damit zu tun, dass einzelne Ausschüsse zurzeit parallel tagen und nicht alle Kolleginnen und Kollegen anwesend sein können. Ich bedauere sehr, dass das der Fall ist, möchte dennoch die Sitzung so durchführen, denn es ist sicherlich den Expertinnen und Experten geschuldet, dass wir die Anhörung durchführen, die auch stenografisch dokumentiert wird, sodass mit dem Material gearbeitet werden kann.

Wenn das nicht der Fall wäre, hätte ich aus Verdruss gesagt: Es tut mir schrecklich leid, der Landtag stellt Ihnen entsprechende Mittel zur Verfügung, einen schönen Nachmittag in Düsseldorf zu verbringen. Das kann ich leider nicht tun; aber das wäre mir in dem Kontext ein Herzensanliegen gewesen.

Meine Damen und Herren, liebe anwesenden Kolleginnen und Kollegen, ich darf Sie recht herzlich begrüßen, insbesondere die Sachverständigen der heutigen Sitzung. Sofern Vertreterinnen und Vertreter der Ministerien im Raume sind, begrüße ich auch die ganz herzlich und natürlich die Zuhörerinnen und Zuhörer und als Vertreter der Medien Herrn Grabowski, den ich direkt opposite erblickt habe.

Sie haben die Tagesordnung mit Einladung E 16/1753 erhalten. Ich gehe davon aus, dass es hinsichtlich der Tagesordnung Einvernehmen gibt. – Dagegen sehe ich keinen Widerspruch und stelle damit das Einvernehmen fest, und wir treten damit in die Tagesordnung ein:

1 Kulturelles Erbe schützen, Freiheit von Kunst und Kultur bewahren und stärken – Gesetzentwurf zum Kulturgutschutz muss gründlich überarbeitet werden

Antrag
der Fraktion der FDP
Drucksache 16/10915

– Zuziehung von Sachverständigen –

(Teilnehmende Sachverständige und Stellungnahmen siehe Anlage.)

Der Antrag der FDP-Fraktion Drucksache 16/10915 ist vom Plenum am 2. März 2016 zur alleinigen Beratung an den Ausschuss für Kultur und Medien überwiesen worden. Der Ausschuss hat beschlossen, hierzu eine Anhörung durchzuführen, die wir heute zum Gegenstand unserer Beratung machen.

Ich begrüße nochmals die Gäste ganz herzlich. Die Namen der Teilnehmerinnen und Teilnehmer und ihrer Stellungnahmen, die schriftlich eingereicht worden sind, entnehmen Sie bitte dem Tableau (siehe **Anlage** zu diesem Ausschussprotokoll). Im Eingangsbereich liegen Überstücke aus. Wir verfahren wie üblich bei Anhörungen: Zunächst haben die Anzuhörenden Gelegenheit, in wenigen Minuten noch einmal ihre wesentlichen Punkte mündlich vorzutragen. Im Anschluss an diese Runde haben die Abgeordneten die Möglichkeit, Nachfragen zu stellen.

Olaf Zimmermann (Deutscher Kulturrat e. V. Berlin): Meine sehr geehrten Damen und Herren! Sehr geehrter Herr Schultheis! Schön, dass Sie mir heute nicht freigegeben haben. Ich finde nämlich, dass das Thema ein wichtiges Thema ist und darüber hinaus eines, das gerade in den Ländern behandelt werden muss, natürlich ganz besonders in NRW als größtem Bundesland, weil es natürlich mit einem ganz entscheidenden Teil – nicht, was in erster Linie die Gesetzgebungskompetenz angeht, sondern die inhaltliche Ausgestaltung – in Länderhoheit hineinfällt. Viele dieser Fragen müssen ja noch geklärt werden.

Wenn Sie mir erlauben, möchte ich zunächst einmal nur ein paar Vorbemerkungen machen, die mir bei diesem Gesetz wichtig sind: Es handelt sich letztendlich um ein Gesetz, das regeln soll, wie wir mit Kulturgütern umgehen. Dabei ist es mir sehr wichtig, dass wir erkennen, dass Kulturgüter zwei unterschiedliche Ebenen haben, nämlich eine ökonomische Ebene, aber eben auch eine ideelle Ebene. Deswegen geht man ja mit Kulturgütern anders um als mit – sagen wir einmal – Waschmaschinen oder Automobilen. Der Schutz von Kulturgut ist deswegen, so glaube ich, ein ganz besonderes Anliegen. So wie wir auch im Bereich der Denkmäler einen Schutz organisiert haben, ist das ein gleichermaßen langfristiges Anliegen, das sich überhaupt erst im Laufe vieler Jahre realisieren lässt.

Schauen wir uns doch einfach noch einmal den Gesetzentwurf der Bundesregierung an, der ja eine gewisse Geschichte hinter sich gebracht hat: Zunächst gab es ja einen unautorisierten ersten Entwurf. Darüber sind die Emotionen sehr hochgeschlagen. Ich

finde, das war damals berechtigt. Dann gab es einen autorisierten ersten Entwurf, wo schon eine ganze Menge Punkte aufgenommen wurden. Es gab große Veränderungen. Und jetzt gibt es den Regierungsentwurf, der in die Beratung im Bundestag und im Bundesrat eingebracht wurde. Ich finde es sehr wichtig, einfach einmal festzustellen, was denn jetzt überhaupt vereinbart werden soll.

Ich finde es begrüßenswert, dass ein Kulturgut, das sich im öffentlichen Eigentum befindet, in der Zukunft als nationales Kulturgut betrachtet wird. Ich finde es gut, dass Leihgeber in der Zukunft darüber entscheiden können, ob sie wollen, dass Kulturgut, das sie für eine gewisse Dauer in eine öffentliche Einrichtung hingeben, nationales Kulturgut werden und damit natürlich auch eine gewisse besondere Form von Schutz haben soll oder nicht.

Ich finde es ebenso sehr gut, dass Werke noch lebender Urheber nur mit Genehmigung der Urheber zu nationalem Kulturgut erklärt werden können. Das zeigt uns, in welchem Bereich wir uns bewegen.

Noch geklärt werden muss – darüber werden wir vielleicht ja gleich auch noch reden – die Frage: Was ist denn überhaupt national wertvolles Kulturgut? Das ist ja eine der vielleicht wirklich entscheidenden Fragen. Im Gesetzentwurf steht, dass es identitätsstiftend für das Land sein muss. Auch darüber muss man reden: Was ist denn überhaupt identitätsstiftend? Ich finde es wichtig, dass man über die Frage diskutiert, wann ein Kulturgut überhaupt identitätsstiftend werden kann, und denke, dass man darüber auch noch einmal wird reden müssen. Denn es gibt ja bisher schon Alters- und Wertgrenzen in diesem Gesetz, die ich generell vernünftig finde. Dabei kann man sicherlich über den einen oder anderen Punkt sprechen. Irgendwie muss man einen Weg finden, wie man das letztendlich handhabbar macht.

Was bisher fehlt, ist letztendlich eine Form von Festlegung, wie lange sich eigentlich ein Werk in Deutschland befunden haben muss, bevor es zu national wertvollem Kulturgut erklärt werden kann. Wir haben gesagt, dass man an der Stelle im Gesetz nachbessern muss und dort eine fünfjährige Karenzzeit einführen sollte. Und wir haben uns diese fünf Jahre nicht einfach so ausgedacht, sondern haben sie bei den französischen Kolleginnen und Kollegen abgeschaut, die nämlich genau diese Zeitspanne haben.

Wir glauben ferner, dass es sinnvoll ist, wenn es so etwas wie ein Negativtestat gibt, einen Anspruch darauf, dass ein Testat erstellt wird, damit auch der Handel und die Sammler Rechtssicherheit haben. Ich glaube, dass man damit wirklich weiterkommt.

Wenn es darum geht, ob Sammler/Händler entschädigt werden, wenn ein Kunstwerk zu einem national wertvollen Kulturgut erklärt wird, sind wir deutlich zurückhaltend. Es gibt ja schon Möglichkeiten, eine Privilegierung im Bereich des Steuer- und Erbschaftsteuerrechts zu erhalten, quasi eine Ankaufverpflichtung der öffentlichen Hand für national wertvolles Kulturgut. Das lehnen wir ab. Was wir aber sinnvoll finden, ist, dass zum Beispiel die Kulturstiftung der Länder finanziell besser ausgestattet wird, damit sie in mehr Fällen in der Lage ist, Ankäufe zu tätigen. Immerhin haben wir ja alle gemeinsam ein Interesse daran, dass national wertvolles Kulturgut auch der Öffentlichkeit zugänglich gemacht wird. Dazu gibt es keine Verpflichtung. Privatleute müssen

ein national wertvolles Kulturgut nicht der Öffentlichkeit zugänglich machen. Sie können das, wenn sie es wollen. Wenn wir als Allgemeinheit ein ganz besonderes Interesse daran haben, dann wird es wohl nicht anders gehen, als dass wir die Werke kaufen, um sie in ein Museum hineinbringen zu können.

Wenn Sie mir erlauben, möchte ich noch auf einen Punkt eingehen, der in der Diskussion immer zu kurz kommt. Es geht zunächst darum, festzulegen, was national wertvolles Kulturgut ist, und dann um die Ausfuhr. Der Gesetzentwurf besteht ja aus zwei Teilen, nämlich dem Bereich der Ausfuhr und dem Bereich der Einfuhr von archäologisch wertvollem Kulturgut. In der Debatte ist dieser zweite Teil, den ich für ganz besonders wichtig halte, immer ein bisschen hinten runtergefallen, obwohl er, finde ich, wirklich zentral ist.

Ich denke, wir müssen in Deutschland einfach aufpassen, dass wir unserer Verantwortung gerecht werden, dass nicht illegales archäologisches Kulturgut nach Deutschland kommt, und zwar gerade auch aus den Quellen, die wir in den letzten Jahren vermehrt bemerken mussten, nämlich Syrien, Irak, Kriegs- und Bürgerkriegsgebiete, wo nicht die Ausfuhr dieses Kulturguts, sondern die Einfuhr bei uns auch zur Finanzierung von zumindest kriminellen, wenn nicht sogar terroristischen Maßnahmen genutzt wird. Deswegen brauchen wir eine strengere Einfuhrkontrolle, und das versucht ja auch dieses Gesetz zu gewährleisten.

Wir als Deutscher Kulturrat glauben sogar, dass dieses Gesetz in einem Punkt noch strenger gehandhabt werden muss, als es bisher vorliegt. In diesem Gesetz gibt es eine Art Freigrenze von 100 €. Archäologische Kulturgüter, die einen Wert unter 100 € haben, sind also quasi freigestellt. Ich muss dann eben nicht mehr die Nachweise in demselben Umfang erbringen, wie ich sie bei archäologischen Kulturgütern im Wert über 100 € erbringe. Alle werden sagen, dass das doch vernünftig ist, weil wir ja auch irgendwie so eine Art von Freigrenze brauchen, damit die Bürokratie begrenzt wird.

Aber wir mussten uns dann sagen lassen – weil wir das am Anfang nicht in der gesamten Dimension erkannt haben –, dass es für den Bereich der Forschung ganz zentral ist, dass die Kunstsammenhänge dauerhaft erkennbar sind. Es wird im Moment auf Teufel komm raus geraubt und es spielt überhaupt keine Rolle, dass das, was geraubt wird, manchmal nur ein paar Euro wert ist. Aber es wird aus den Grabzusammenhängen herausgenommen, wodurch es der Forschung in Zukunft unmöglich gemacht wird, eine vernünftige archäologische Forschung betreiben zu können. Deswegen glauben wir, dass man diese 100-€-Grenze streichen sollte, dass man einfach bei den sogenannten Massenwaren wie zum Beispiel beim Münzhandel – bei den römischen Münzen gibt es so etwas wie einen Massenhandel – noch einmal genauer hinschaut und eine Speziallösung findet, davon abgesehen aber diese 100-€-Grenze wirklich streicht.

Ansonsten sagen wir: Dieses Gesetz ist von seiner Grundlage her ein gutes Gesetz. Es ist ein notwendiges Gesetz, und es ist – da werden sicherlich nicht alle hier mit mir übereinstimmen; darüber können wir ja diskutieren – ein überfälliges Gesetz, das verabschiedet werden soll.

Vorsitzender Karl Schultheis: Vielen Dank, Herr Zimmermann. – Als Nächstes möchte ich das Wort Herrn Dr. Christoph Andreas für den Bundesverband Deutscher Galerien und Kunsthändler e. V., ebenfalls Berlin, erteilen. Die schriftliche Stellungnahme hat die Nummer 16/3847. – Herr Dr. Andreas, Sie haben das Wort.

Dr. Christoph Andreas (Bundesverband Deutscher Galerien und Kunsthändler e. V. Berlin): Meine Damen und Herren! Ich bin der einzige Vertreter einer ganzen Gruppe, die von dem Gesetz betroffen sind. Darunter liegt nur der Kunsthandel, für den ich hier vertretend bin. Vergessen Sie nicht: Ein Drittel aller Mitglieder des DVDG sitzt in Nordrhein-Westfalen. Zugleich muss ich die Auktionatoren und die Sammler vertreten, die mich auch darum gebeten haben. Ich bitte, das bei der Fragestellung gleich ein bisschen mit zu berücksichtigen.

Wir haben – ich will es kurz fassen – drei Punkte, die uns besonders belasten in der ganzen Angelegenheit, und zwar die Sammler, wie den Handel selbst: Das eine ist ein Vorerwerbsrecht beim Staat, wie es in einigen Staaten um uns herum – zum Beispiel England und Frankreich – auf unterschiedliche Art und Weise geregelt ist. Dies halte ich für zwingend notwendig. Herr Zimmermann hat es eben mit Recht angesprochen: Kulturgut, das in Privatbesitz bleibt, nicht ausgestellt und auch nicht zu Forschungszwecken zur Verfügung gestellt werden muss, hat keine identitätsstiftende Wirkung für unser Land.

Aus diesem Grunde haben eben gerade die anderen Länder eine Regelung eines Vorerwerbs gemacht. Dazu haben wir mehrere Vorschläge gemacht, wie das meines Erachtens vernünftig umsetzbar ist, ohne dass der Staat überfordert und der Privatbesitzer übermäßig in Anspruch genommen wird. Denken Sie mal an die beiden Warhols aus der Portigon-Sammlung, die verkauft worden sind. Stellen Sie sich vor, die wären nationales Kulturgut gewesen. Dann hätten Sie keine 110 Millionen bekommen, sondern sie hätten in Deutschland verkauft werden müssen, hätten nur in Deutschland bleiben dürfen. Das hätte vielleicht 1 bis 2 Millionen gebracht. Da sehen Sie schon den feinen Unterschied einer mehr als Teilenteignung, die bei einer Unterschutzstellung stattfindet.

Auf diese Art und Weise müsste das möglich sein. Ich weiß, es gibt ein Gutachten von Frau Rosenthal, das die SPD angefordert hat. Das ist nicht sehr hilfreich, weil es ein Ankaufsrecht nach Kassenlage ist. Das heißt, es wird angekauft, wenn Geld da ist, und wenn man sich über den Preis einigt, wenn nicht, bleibt es aber in Privatbesitz und damit bleiben die Probleme die gleichen.

Der zweite Punkt, der uns besonders betrifft, vor allen Dingen auch die Sammler, ist die sofortige Unter-nationales-Kulturgut-Stellung von Objekten, wenn sie nach Deutschland hereinkommen. Es gibt andere Länder, die das gemacht haben, und Länder um uns herum, die das erst nach 50 Jahren machen. Ich halte eine zu kurzfristige Regelung, wie das ja etwa in dieser Laissez-Passer-Regelung jetzt vorgesehen ist oder überlegt wird, für zu kurz gegriffen. Das trifft vielleicht den Auktionsmarkt, bei dem die Objekte zur Auktion aus dem Ausland eingeführt werden und nachher wieder ins Ausland ausgeführt werden.

Denken Sie mal an die vielen Bürger aus der Europäischen Gemeinschaft, die in Deutschland über Jahrzehnte arbeiten und hier Kunstsammlungen aufbauen oder die ihren Kunstbesitz mitbringen. Wenn die wieder nach Hause gehen und es werden Stücke aus ihrer Sammlung als nationales Kulturgut eingestuft, die sie dann nicht mehr ausführen dürfen, dann ist das ein gewaltiger Eingriff in das Eigentumsrecht nichtdeutscher Bürger. Deswegen halte ich diese längerfristige Lösung, etwas erst 20 oder 50 Jahre nachdem es ins Land gekommen ist unter Kulturgut zu stellen, für sinnvoll, und zwar auch rechtlich.

Der dritte Punkt betrifft in erster Linie den Handel und die sorgfaltspflichtigen Regelungen. Das Thema des Handels mit antiken Münzen hatten wir ja eben angesprochen. Es ist praktisch unmöglich, ein Herkunftszertifikat des Ursprungslandes zu einer Antike oder einer Münze heute noch zu ermitteln. Vergessen Sie nicht, die Stücke waren zur Entstehungszeit vor 2.000 Jahren schon als Exportartikel gedacht. Das ist so!

Denken Sie daran, dass nach dem Gesetz sogar mehrere Länder, die damals noch gar nicht existiert haben, heute Anspruchsrechte aufstellen können. Dazu gibt es hier eine Rückwirkung bis 2007. Das halte ich auch verfassungsrechtlich für äußerst problematisch. Dazu können diese Dinge auch vom Zoll oder von Behörden ohne richterliche Durchsuchung beschlagnahmt werden.

Nicht nur der Antikenmarkt, sondern auch der Ostasiatikamarkt ist so stark betroffen, dass er ja im großen Stil schon am Abwandern ist, und zwar bereits vor dem Gesetz. Die große Antikenmesse in Basel, die es seit 15 Jahren gab, gibt es nicht mehr. Ein Auktionshaus Lempertz in Köln wird seine Ostasiatika in Zukunft in Brüssel versteigern müssen. Für Stuttgart ist es genau dasselbe. Man wird von dort nach Österreich gehen. Also hier ist ein sehr starker Eingriff auf diesen Bereich angelegt.

Ähnlich ist es in dem Bereich der Sorgfaltspflichtregeln für NS-Kunst. Dass das Thema ein hochbrisantes ist, ist völlig klar. Herr Zimmermann, wir haben ja im letzten Jahr zusammen schon in einem Ausschuss gesessen und das Thema lange diskutiert. Kein Kunsthändler wird sich freiwillig mit Objekten beschäftigen wollen, die raubkunstverdächtig sind. Wir forschen in diesem Sektor schon sehr lange, lange vor Gurlitt. Wir arbeiten mit dem Nossack-Register, das übrigens dringend überarbeitet werden muss, und wir forschen, wo wir können, auch mit Museen zusammen.

Ich bin neulich von der Gurlitt-Taskforce zur Mithilfe angesprochen worden. Die ist selbstverständlich. Aber gehen Sie davon aus: Nicht einmal bei 10 %, wenn nicht sogar 5 % aller Kulturgegenstände lässt sich nach 70 Jahren und mehreren Besitzerwechseln eine lückenlose Provenienz nachweisen – vielleicht zwischen 1933 und 1945. Es ist einfach technisch nicht möglich. Wenn wir hier Sorgfaltspflichten bekämen, die jeden wirtschaftlichen Aufwand rechtfertigten! Im Gesetzentwurf ist der Aufwand mit 2,5 Millionen für den Handel veranschlagt. Das ist übrigens einer der größten Posten innerhalb des Kostenfaktors.

Halten Sie die 350.000 oder 375.000, die das Gesetz die Länder kostet, dagegen, ist das natürlich ein Witz. Die Provenienzforschung von knapp 1.000 Objekten bei Gurlitt hat bis jetzt 2 Millionen gekostet. Rechnen Sie das mal bitte hoch auf den gesamten Bestand des Kunstmarktes. Dann reden wir nicht mehr über Millionenbeträge. Dies ist

in dieser Form so nicht zu leisten, zumal Sie bitte aufpassen sollten: Dieses Gesetz gilt gleichermaßen auch für den Staat. Es kann nicht sein, dass der Privatbereich oder der Diensthandel diese Leistung erbringen muss, der Staat aber nicht. Die Washingtoner Vereinbarungen gelten seit 1998. Es gibt noch nicht einmal zehn festangestellte Provenienzforscher an allen Museen Deutschlands. Ich kenne Museen, die mit der Provenienzforschung noch nicht mal begonnen haben. Wenn dieses Gesetz so kommt, werden die Länder erhebliche Summen in die Provenienzforschung hineinstecken müssen. – Das wollte ich nur so ganz am Rande noch sagen, bitte schön.

Vorsitzender Karl Schultheis: Vielen Dank, Herr Dr. Andreas. – Als Nächster hat das Wort Herr Prof. Dr. Alexander Nützel von der Bayerischen Staatssammlung für Paläontologie und Geologie in München.

Prof. Dr. Alexander Nützel (Bayerische Staatssammlung für Paläontologie und Geologie München): Danke schön, auch für die Einladung heute. Ich bin im Prinzip eine Vertretung für Frau Prof. Dr. Johanna Eder in ihrer Eigenschaft für Deutsche Naturwissenschaftliche Forschungssammlungen. Wie wir geschrieben haben, sind unsere Probleme doch ganz andere als die, die Galerien oder Museen einfach von der schiereren Anzahl der Objekte her haben. Bei den naturwissenschaftlichen Sammlungen geht es um 140 Millionen Objekte und mehrere zigtausend Leihvorgänge. Deswegen haben wir zum Beispiel mit der Definition des Wortes „Kulturgut“ doch gewisse Probleme, weil unsere Objekte – das betrifft sowohl Fossilien als auch Tier- und Pflanzenpräparate – nicht von Menschen geschaffen wurden, sondern Naturprodukte sind.

Erst durch menschlichen Einfluss – vielleicht schon durch den Akt der Sammlung selbst, aber dann insbesondere durch die Präparation, durch die wissenschaftliche Bestimmung und die wissenschaftliche Bearbeitung – werden sie in gewissem Umfang zu Kulturobjekten, zu Kulturgütern. Das trifft nicht auf alle in gleichem Maße zu. Dabei differieren der kommerzielle Wert und der wissenschaftliche Wert teilweise erheblich. Das will heißen: Es gibt bei uns in den Sammlungen, zehntausende von Stücken, die von hervorragendem wissenschaftlichen Interesse sind. Das sind zum Beispiel die Typusexemplare. Wenn ich eine neue Tierart beschreibe, dann muss so ein Exemplar hinterlegt werden, an dem das Stück geeicht wird. Dieser Wert ist unschätzbar. Das ist ein Kulturgut. Wenn die bei uns in einer Sammlung sind, dann gehören sie ohne Frage zum Kulturgut – das ist gar keine Frage – und müssen – wie übrigens auch die Einrichtungen, die diese bewahren – geschützt werden.

Demgegenüber können diese Objekte teilweise geringen kommerziellen Wert haben. Das ist der Dissens: hoher wissenschaftlicher Wert versus geringer kommerzieller Wert. Trotzdem können wir zum Beispiel kommerziell extrem teure Fossilien haben, die aber wissenschaftlich von geringem Wert sind, die ich zum Beispiel für unsere Sammlung nicht kaufen würde. Das gilt es zu bedenken.

Wir hatten bei dem Gesetzentwurf den Eindruck, dass das zu sehr aus der Perspektive der Kunst gemacht worden ist. Unsere spezifisch naturwissenschaftlichen Anforderun-

gen müssen stärker berücksichtigt werden. Zum Beispiel steht da unter „Wissenschaftlicher Wert“, man könnte überlegen, ob es einen erheblichen wissenschaftlichen Wert haben soll. Außerdem sollte man generell berücksichtigen, dass unsere Objekte als Kulturgut aufgefasst werden, und zwar insbesondere die Objekte, die sich in öffentlichen Sammlungen befinden. Es wäre jetzt over the top zu sagen, alles, was sich an Fossilien- oder Schmetterlingssammlungen in Privatsammlungen usw. befindet, wäre in irgendeiner Weise Kulturgut. Ich glaube, das kann nicht in der Intention liegen und es wäre auch over the top. Das heißt von unserer Perspektive aus: Ja, wir begrüßen es, dass Fossilien oder auch andere Naturprodukte wie Tierpräparate, Pflanzenpräparate als Kulturgüter angesehen werden, sofern sie in der öffentlichen Sammlung in Gänze zugänglich sind.

Das andere Problem sind natürlich Dinge wie Provenienz: Jetzt bringen wir diese Sachen insofern in Verkehr, als wir international oder auch national tauschen. Das wollen wir auch weiter mit möglichst wenig Bürokratie machen. Weil: Wenn wir das nicht machen, sind alle naturwissenschaftlichen Sammlungen dazu verdammt, Regionalmuseen zu werden, weil es nicht mehr möglich sein wird, aus anderen Ländern oder aus anderen Regionen legal Material einzutauschen oder zu erwerben. Das wäre eine Sache der Praktikabilität.

Ein weiterer Punkt, den Frau Eder in ihrem Schreiben klar gemacht hat: Wir sind im Prinzip Forschungsinstitution. Das heißt, die wenigsten der Gegenstände, die wir besitzen – um die 150 Millionen – werden jemals ausgestellt, sondern es ist eine wissenschaftliche Referenz- und Forschungssammlung. Das will auch heißen, dass wir an unseren Stücken immer wieder destruktiv eingreifen müssen.

Eine andere Geschichte wäre, dass wir auf dieses Nagoya-Protokoll, von dem vielleicht einige schon gehört haben, Bezug nehmen sollen. Das ist also eine UNESCO-Geschichte, die im Prinzip dafür sorgen soll, dass Entwicklungsländer hinsichtlich ihrer genetischen Ressourcen nicht ausgebeutet werden. Dazu gibt es jetzt gesetzlich bindende Vorlagen, und ich glaube, dass ganz dringend eine Harmonisierung erforderlich ist.

Für die Sammler kann ich hier nicht sprechen, das ist nicht meine Aufgabe. Ich selber arbeite mit vielen Privatsammlern zusammen. Da können Grauzonen entstehen, keine Frage. Wenn Sie eine Sammlung/einen Nachlass mit 50.000 Fossilien, Schmetterlingen oder solchen Dingen übernehmen, dann ist die Provenienz unter Umständen sehr schwer nachzuweisen. Das heißt: Wir können nicht bei jedem Einzelstück oder bei jedem Sammlungskonzept wirklich sicher sein, ob etwas legal mit Genehmigung gesammelt worden ist. Wir lassen uns natürlich von den Verkäufern unterschreiben, dass sie etwas zu Recht besitzen, aber wir können es natürlich im Einzelfall vermutlich nicht überprüfen. Daran sollte auch gedacht werden.

Ich habe – ohne dass ich Jurist bin – den Eindruck, dass in dem Gesetzentwurf die Begriffe „Kulturgut“, „national wertvolles Kulturgut“ „national eingetragenes Kulturgut“ nicht ganz konsistent gebraucht werden. Das ist der Eindruck, den ich habe. Darauf sollte man vielleicht achten.

Also prinzipiell ist unsere Haltung positiv, dass Sie unsere Bestände als Kulturgut sehen. Es muss auch geschützt werden. Ich stimme vollkommen überein, dass Raubgrabungen oder ungesetzliches Sammeln von Tieren unterbunden werden muss. Das ist bei den Archäologen besonders wichtig. Sie haben auf den Fundzusammenhang hingewiesen, der oft zerstört wird. Am Problem der Metallsortengänger etc. pp muss gearbeitet werden. Das ist gar keine Frage. Aber bei diesen Begrifflichkeiten wäre vielleicht mehr Akuratesse wünschenswert. – Danke schön.

Vorsitzender Karl Schultheis: Vielen Dank, Herr Prof. Nützel. Sie haben noch auf die gefertigte Stellungnahme von Frau Prof. Eder hingewiesen. Das ist die Drucksachennummer 16/3869. Wir kommen nun zu den Fragen der Kolleginnen und Kollegen. Ich möchte zunächst der antragstellenden Fraktion die Gelegenheit geben. Frau Schmitz!

Ingola Schmitz (FDP): Vielen Dank, Herr Vorsitzender. Meine sehr geehrten Herren! Zunächst einmal vielen herzlichen Dank für Ihre schriftlichen und Ihre mündlichen Stellungnahmen. Sie haben viele bedenkenswerte Aspekte bereits angesprochen. Gestatten Sie dennoch, dass ich einige Nachfragen an Sie stelle:

Zunächst möchte ich Herrn Dr. Andreas ansprechen: Sie heben in Ihrer Stellungnahme hervor, dass es bei der Definition von „national bedeutsamem Kulturgut“ an einer zeitlichen Komponente mangelt. Könnten Sie das erläutern? Wo und wie könnte das sinnvoll ergänzt werden?

Ausgangspunkt des Gesetzes ist ja – auch in der Begründung der Initiatoren – eine europäische Harmonisierung. Könnten Sie daher kurz darstellen, wie die mit dem Gesetz verbundenen wichtigsten Punkte in relevanten anderen Ländern geregelt sind? Ich denke dabei insbesondere an England und Frankreich.

Ergänzend dazu: Welche Konsequenzen hat eine potenziell unterschiedliche Praxis bzw. Rechtslage in diesen Ländern für Deutschland und für Nordrhein-Westfalen? Welche Schlüsse sollten wir daraus ziehen?

Meine nächste Frage richtet sich an Herrn Zimmermann: In Ihrer Stellungnahme weisen Sie auf zwei potenzielle Ergänzungen im Kulturgutschutzgesetz oder zumindest in der Praxis des Kulturgutschutzes hin. Das ist zum einen das sogenannte „Negativtestat“ sowie zum anderen das „kleine freie Geleit“. Könnten Sie diese beiden Punkte hier noch einmal erläutern?

Ergänzend dazu: Müssen diese Punkte aus Ihrer Sicht formal im Gesetz oder an anderer Stelle verankert werden?

Meine nächste Frage richte ich an Herrn Prof. Nützel: Im Rahmen der Diskussion um den Gesetzentwurf der Bundesregierung fällt auf, dass sehr wenig differenziert wird etwa zwischen Kunstwerken wie Gemälden auf der einen und zum Beispiel naturwissenschaftlichen Sammlungsobjekten auf der anderen Seite. Dabei kommt gerade aus dieser Richtung lautstarke Kritik, und zwar nicht von privaten Sammlern, sondern auch von renommierten Forschungseinrichtungen. Könnten Sie daher skizzieren, welche

Effekte des geplanten Gesetzes Sie erwarten und welchen Änderungsbedarf Sie sehen?

Ergänzend dazu: Im vorliegenden Antrag der FDP-Fraktion schlagen wir vor, differenzierte Begriffsbestimmungen, Anforderungen und Prozesse für die sehr unterschiedlichen betroffenen Gruppen von Sammlungs- und Forschungsgegenständen vorzunehmen. Halten Sie das für einen gangbaren Weg? – Danke schön.

Vorsitzender Karl Schultheis: Vielen Dank, Frau Kollegin Schmitz. Sie haben gerecht auf alle verteilt. – Herr Kollege Nückel.

Thomas Nückel (FDP): Ich hätte zwei Fragen an Herrn Dr. Andreas und an Herrn Zimmermann gleichermaßen. Der Vorsitzende der Gesellschaft der Freunde der Kunstsammlung Nordrhein-Westfalen e. V., Herr Robert Rademacher, hat eine Eintragungssperrfrist von 30 Jahren vorgeschlagen, um die dauerhafte Einfuhr bedeutender Kunstwerke des Bundesgebiets zu ermöglichen. Wie bewerten Sie diesen Vorschlag von ihm?

Die zweite Frage: Es ist eine sogenannte Laissez-Passer-Regelung vorgesehen, die eine temporäre Einfuhr von zwei Jahren zulässt, um die Museen und den deutschen Auktionshandel nicht vom Weltmarkt abzuschneiden. Ist diese Frist Ihrer Ansicht nach ausreichend?

Vorsitzender Karl Schultheis: Vielen Dank, Herr Kollege Nückel. Gibt es weitere Fragen? – Herr Kollege Keymis.

Oliver Keymis (GRÜNE): Herr Vorsitzender! Meine Herren! Herzlichen Dank auch im Namen meiner Fraktion für Ihr Kommen aus allen Himmelsrichtungen in unseren Ausschuss heute. Das ist sehr freundlich. Wir haben es mit einem Gesetz zu tun, das natürlich eine Reihe von Komplikationen aufwirft. Insofern ist es interessant, wenn wir uns mit Ihnen darüber fachlich unterhalten.

Einige Punkte sind schon angesprochen worden. Das Stichwort „Eintragungssperrfrist“, Herr Doktor Zimmermann, ist sicher eines, über das wir uns hier aus der Warte von Nordrhein-Westfalen noch einmal gemeinsam Gedanken machen können.

Ich habe – wie die Vertreter der anderen Fraktionen auch – den Hinweis von Herrn Dr. Rademacher bekommen. Als langjähriger Vorsitzender des Freundeskreises der Kunstsammlung Nordrhein-Westfalen ist er ein Mann, der mit diesen Zusammenhängen engstens vertraut ist. Darüber hinaus hat er in seinem Brief Hinweise geäußert, dass es – sozusagen bereits im Vorlauf des Gesetzes – Entwicklungen gebe, die sich in die Richtung abspielten, dass das Kunsttransportwesen schon feststellen konnte, dass bestimmte Transporte stattfanden, die nicht stattfanden, als das Gesetz noch nicht am Horizont erschienen war. Insofern ist das eine Frage, die sehr richtig gestellt ist. Herr Kollege Nückel hat sie gestellt. Ich bin auf die Antwort genauso gespannt.

Ich würde gerne noch einen Punkt ansprechen, der sich aus der Diskussion unter dem Stichwort „Provenienz“ ergibt:

Wir haben ja nach Art. 44 Satz 1 Nummer 1 mit erhöhten Sorgfaltspflichten zu tun. Darum geht es: 30. Juli 1933 bis 8. Mai 1945. Es gibt zwei Fragen, die sich in unserer Beratung dadurch aufgedrängt haben: Herr Zimmermann, die Fragen beziehen sich darauf, was mit dem Paragraphen gemeint ist, wo von „Kulturgut“ gesprochen wird, das während der Nazizeit entzogen worden ist. Meint dass die „Enteignung“, oder meint das möglicherweise auch etwas ganz anderes, nämlich das „Unterwertverkaufen“? „Unterwertverkaufen“ ist deshalb interessant, weil die Technik des Schalck Golodkowski und seiner Unternehmungen genau nach dieser Operation verfahren ist. Die haben nämlich zu Zeiten der ehemaligen Deutschen Demokratischen Republik Kulturgüter in ihrer Republik aufgegriffen und in den Westen verkauft, um damit entsprechende Devisen einzuheimsen.

Wenn also nicht nur „Enteignung“ gemeint wäre – das ist der zweite Teil der Frage, Herr Zimmermann –, müsste das dann nicht auch auf die Aktivitäten der „Kunst und Antiquitäten GmbH“ des Herrn Schalck Golodkowski ausgeweitet werden? Das ist ein Punkt, der uns in der Auseinandersetzung mit dem Thema auch noch interessiert hat.

Von besonderer Kompliziertheit finde ich den ganzen Bereich, den Sie vertreten haben, Herr Professor Nützel, weil man den Eindruck hat: Das betrifft einen ganz anderen Bereich – das haben Sie in ihrer Einführung schon deutlich gemacht –, der unter Umständen nicht von Menschenhand, sondern von der Natur hergestelltes Kulturgut betrifft. Wie können wir hier verfahren? – Manche Stücke sind nationalwertvolles Kulturgut, meint das Gesetz. Dann aber soll Leihen und Tauschen möglich sein. Was kann man im Gesetz praktisch regeln, um das in eine Ausnahme zu fassen oder Ähnliches? Ich wäre dankbar, wenn Sie das noch einmal ansprechen könnten.

Meine nächste Frage: Was muss geschehen, um rechtssicher zu regeln, dass man sich nicht verläuft?

Meine letzte Frage geht auch in Ihre Richtung, Herr Professor Nützel: Sollte man bei dem von Ihnen vertretenen Kulturgut auf den Gesichtspunkt der Provenienz verzichten, weil das schwierig ist? Wie geht man damit um? Sie operieren ja sozusagen mit Stücken, die aus bestimmten Zeiten stammen. – Das wären die Punkte, die ich im Moment ansprechen will.

Der „Negativtest“ ist von Herrn Doktor Andreas und Herrn Zimmermann angesprochen worden, wenn ich das richtig im Hinterkopf habe. Wie ist das denn im neuesten Entwurf geregelt?

(Zuruf: Immer noch nicht!)

– Aber ich meine, es gibt eine Tendenz, darüber zu reden. Es wird darüber geredet. Dann brauchen wir uns dazu nicht noch einmal im Einzelnen zu verständigen

Vorsitzender Karl Schultheis: Vielen Dank, Herr Kollege Keymis. Ich habe noch zwei Wortmeldungen. Geht das?

(Heiterkeit)

– Okay. – Herr Kollege Lamla.

Lukas Lamla (PIRATEN): Vielen Dank, Herr Vorsitzender. Auch von meiner Fraktion vielen Dank an die Sachverständigen, für die Stellungnahmen und die Anwesenheit heute. Meine Fragen gehen an Herr Prof. Dr. Nützel, Sie sprachen die möglicherweise entstehende große Bürokratie im Bereich des wissenschaftlichen Leih- und Tauschverkehrs an. Ich komme nicht aus der Wissenschaft. Mich würde interessieren: Inwieweit ist das Praxis? Wie viel Ihrer wissenschaftlichen Arbeit besteht aus eben diesem Tausch und dem Verleih der Exponate oder Stücke, mit denen Sie zu tun haben? Inwieweit ist das vielleicht sogar ein unbeabsichtigter Bremsklotz für Lehre und Wissenschaft, den wir uns damit einheimsen?

Sie plädieren auch für eine Änderung des Begriffs „Bestand“ und skizzieren die Gefahr von schwarzen Sammlungsbeständen, die – soweit ich es richtig verstanden habe – dann entstehen könnten. Ich würde Ihnen gerne die Gelegenheit bieten, ein bisschen genauer zu erläutern, was es damit auf sich hat. – Vielen Dank.

Vorsitzender Karl Schultheis: Vielen Dank, Herr Kollege Lamla. – Herr Kollege Bialas.

Andreas Bialas (SPD): Ich darf mich auch im Namen der SPD-Fraktion bei Ihnen herzlich bedanken. Wir haben ja die Situation, dass wir ein Bundesgesetz haben, das bereits im Bundestag und im Bundesrat behandelt worden ist. Wir haben Anhörungen dazu gehabt. Ich bin dankbar für das Buch, ich habe jetzt das zweite Exemplar.

Vorsitzender Karl Schultheis: Der Trend geht zum Zweitbuch.

Andreas Bialas (SPD): In der Tat! – Für uns stellt sich doch hier sehr konkret die Frage: Was können, was sollen wir tun? Das geht ja nur über eine Bundesratsinitiative des Landes NRW. Was wären Ihre drei wesentlichen Punkte, von denen Sie sagen: Mensch, das bitte, guckt mal drauf, was ihr noch verhandeln könnt! – Dann vielleicht jeweils noch die Frage dazu: Warum sollen wir das tun?

Vorsitzender Karl Schultheis: Vielen Dank, Herr Kollege Bialas. – Weitere Wortmeldungen sehe ich jetzt nicht. Ich schlage vor, dass wir in der gleichen Reihenfolge wie bei der ersten Runde verfahren, sodass Herr Zimmermann als Erster das Wort hat.

Olaf Zimmermann: Ich versuche, auf die verschiedenen Fragen einzugehen. Frau Schmitz, Sie hatten nach dem negativen Attest gefragt. Es stimmt: Es gibt eine Diskussion, ob es denn in den dann in den Bundestag in die zweite und dritte Lesung einzubringenden Gesetzentwurf aufgenommen ist. Aber den kennen wir noch nicht. Das ist bisher, wenn man so will, Hörensagen. Bisher gibt es dieses negative Attest nicht. Ich glaube, es wäre eine sinnvolle Maßnahme, wenn es darum geht, Händlern, aber auch Sammlern die Möglichkeit zu geben, überprüfen zu lassen, ob ihre Werke denn überhaupt national wertvolles Kulturgut sind.

Ich glaube nämlich, dass in dieser mitunter aufgeregten Debatte, die wir im Moment führen, mancher glaubt, dass er national wertvolles Kulturgut zu Hause hat, aber das vielleicht gar nicht der Fall ist. Das heißt: Das Gefühl ist stärker als die Bedeutung, die dann nachher dahinter steht. Ich glaube, dass man eine gewisse Ruhe in diese ganze Debatte bekommen kann. Ich habe das ja auch gehört, was Sie, sehr geehrter Herr Andreas, eben gesagt haben. Wir haben ja wirklich eine so aufgeregte Situation, dass Leute sagen: Wir bringen unsere Kunst nicht mehr nach Deutschland! Wir müssen die hier rausbringen! Wir müssen Leihgaben zurückziehen! – Darüber können wir gerne diskutieren; aber ich finde, das Gesetz gibt es nicht her, dass man das tun muss. Ich glaube, es geht einfach davon aus, dass viele glauben, dass das, was sie besitzen, national wertvolles Kulturgut ist, ein Kulturgut, das nicht nur einen gewissen Charakter von Einmaligkeit haben, sondern auch noch identitätsstiftend für das gesamte Land sein muss. Das ist nämlich die Idee von national wertvollem Kulturgut. Wir würden in die Debatte viel Ruhe hineinbekommen, wenn es diesen Anspruch auf einen Negativaspekt geben würde. Das heißt, man fragt einfach nach. Dann müssen sich die zuständigen Gremien damit beschäftigen und dann wird man eine Antwort bekommen, ob diese Gremien glauben, dass das national wertvolles Kulturgut ist oder nicht.

Das Thema „Kleines freies Geleit“, Frau Schmitz, das Sie angesprochen haben, ist ja nichts Neues. Das gibt es schon. Wir haben nur darauf hingewiesen, dass man das „Kleine freie Geleit“ doch in diese Debatte einbeziehen möge. Das bedeutet ja nichts anderes, als dass letztendlich die Bundesrepublik Deutschland gegenüber einem ausländischen Leihgeber, der Werke nach Deutschland in ein öffentliches Museum – wir reden also nur von öffentlichen Museen – gibt, erklärt, dass er sie auch wieder mit nach Hause nehmen kann. Das heißt: Letztendlich wird diesen Kunstwerken also freies Geleit zugebilligt. Das gibt es schon. Das muss gar nicht neu erfunden werden. Das wird auch nicht durch dieses Gesetz außer Kraft gesetzt. Ich denke, das muss man einfach nur anwenden, wenn man es denn anwenden will.

Herr Nückel, Sie haben gefragt, wie es mit dieser temporären Einfuhr aussieht. Das verbindet sich, finde ich, mit einer Eintragungsfrist, die auch Herr Keymis genannt hat. Ich bin der festen Auffassung, dass ein Werk – wenn wir diese Grundidee aufrechterhalten wollen, dass es sich um national wertvolles Kulturgut handelt, das letztendlich eine identitätsstiftende Grundaussage für den Gesamtstaat geben muss – in Deutschland sein muss. Ich kann mir nicht vorstellen, dass ein Werk, das quasi über die Grenze rüberkommt, einfach genommen wird und wir es zu national wertvollem Kulturgut erklären.

Deswegen scheint mir eine „Karenzzeit“ – wenn Sie so wollen – sinnvoll. Aber es muss eine sinnvolle Karenzzeit sein. Natürlich kann man – wie Herr Rademacher sagt – 30 Jahre festlegen. Eben war sogar von 50 Jahren die Rede. Das kann man natürlich alles machen, aber dann reden wir ja von zwei Generationen, die die Sachen in Deutschland gewesen sein müssen. Das finde ich eine sehr lange Zeit.

Wir haben uns einmal überlegt, welche konkreten Fälle es denn überhaupt gibt. Wir sind auf fünf Jahre als einen angemessenen Zeitabstand gekommen, der es ermöglicht, dass der Handel auch vernünftig handeln kann. Der muss keine Sorgen haben, wenn er Werke nach Deutschland einführt, falls er sie nicht innerhalb von fünf Jahren

– das trifft, glaube ich, auf viele Werke zu – verkauft bekommt. Einige wissen es ja: Ich war früher Kunsthändler, bevor ich Geschäftsführer des Kulturrats wurde, und weiß schon, dass man auch eine gewisse Zeit braucht, um Kunstwerke zu verkaufen. Aber ich weiß ebenso, dass man keine Generationen braucht, um Kunstwerke zu verkaufen. Deswegen, glaube ich, ist eine fünfjährige Praxis eigentlich vielleicht gar nicht so schlecht.

Herr Keymis, Sie haben mit § 44 einen ganz wichtigen und wunden Punkt angesprochen, wie weit wir letztendlich gehen. Herr Andreas hat in seinem Einführungsstatement schon einmal darüber gesprochen: Sind wir – wenn es um NS-verfolgtes Kulturgut geht – in unseren öffentlichen Museen denn wirklich weiter? Ich würde Ihnen absolut zustimmen: Es gibt in den öffentlichen Museen nicht nur einen kleinen Nachholbedarf, sondern es gibt einen sehr, sehr großen Nachholbedarf. Dieser Nachholbedarf wird noch größer, wenn Sie ihn auch auf das SED-Unrechtsregime ausdehnen.

Aber – das habe ich in Ihrer Frage mitschwingen gehört –: Es gibt auch keine wirklich logische Begründung, warum man das nicht tun sollte. Etwas unter Wert verkaufen müssen, wenn es im Sinne einer unrechtmäßigen staatlichen Willkürhandlung passiert, ist eine Art Enteignung. Das gilt auch für ein Unter-Wert-Verkaufen-Müssen oder ein Zum-Verkauf-Gepresst-Werden-Müssen oder was auch immer, die eine Form von Enteignung sind. Und wenn diese Enteignung in einem faschistischen Unrechtssystem passiert ist, muss sie im Nachhinein so weit wie möglich geheilt werden. Das gilt natürlich – gar keine Frage – auch für das SED-Unrechtsregime. Sie haben meine politischen Sympathien und würden ein riesiges Fass aufmachen, wenn man das in dieses Gesetzgebungsverfahren noch hineinbringen wollte, weil wir uns mit der Frage des SED-Unrechts im Bereich von Kunstenteignung noch nicht wirklich intensiv beschäftigt haben. Aber ich finde es ein ganz spannendes Thema und glaube auch, dass es ein Thema ist, das man unbedingt behandeln muss.

Herr Bialas hat gefragt, was wir denn als Land Nordrhein-Westfalen als immerhin größtem Bundesland, das auch im Bereich der Kulturpolitik ein ganz bedeutendes Land ist, tun könnten. Das Gesetz ist ja ein zustimmungspflichtiges Gesetz. Der Bundesrat muss zustimmen, damit es verabschiedet werden kann. Es gab die Debatte im Bundesrat. Dabei sind einige Punkte angesprochen worden, bei denen wir darauf achten müssen, dass der Bundesrat nicht über das Ziel hinausschießt. Das gilt etwa für die Überlegung, dass die Eintragung als „National wertvolles Kulturgut“ immer an die Bedingung geknüpft ist, identitätsstiftend zu sein. Es gab im Bundesrat eine Debatte darüber, ob man das Wort „identitätsstiftend“ nicht fallen lassen sollte. Wenn man das Wort „identitätsstiftend“ fallen lässt, würde die Anzahl der denkbaren Unter-Schutz-zu stellenden Kunstwerke unglaublich groß werden können. Das, finde ich, ist gefährlich. Darum würde ich bitten, dass man dieses Wort „identitätsstiftend“ nicht fallen lässt.

Es wird ja dann in jedem Bundesland ein eigenes Gremium geben, das darüber entscheiden wird, was denn überhaupt national wertvolles Kulturgut ist. Es geht aber nach meiner Ansicht nicht um die Frage, was national wertvolles Kulturgut in Nordrhein-Westfalen, im Saarland oder in Hessen ist, sondern es geht um die Frage, was national wertvolles Kulturgut in Deutschland ist. Das heißt: Wir werden diese Regelung bekommen. Ich glaube, es ist zwingend notwendig, dass sich die verschiedenen Gremien

untereinander in dieser Frage abstimmen, damit es nicht so eine Art Wettlauf der Bundesländer untereinander gibt: Wir haben national wertvolles Kulturgut im Bereich X, dann wollen wir aber auch eines in diesem Bereich haben. Man muss wirklich miteinander ins Gespräch kommen.

Ich sage es ganz offen, auch wenn es bei Ihnen keine Begeisterung auslösen wird: Wir hätten uns vorstellen können, dass man ein Gremium auf der Bundesebene eingerichtet hätte, was die Sache einfach erleichtert hätte, weil es dann nämlich diese Art von Wettbewerb untereinander nicht hätte geben können. Davor steht jetzt der Föderalismus. Deswegen ist das so, wie es ist. Aber ich finde: Wenn es so ist, dann wäre es wichtig, dass man sich abspricht.

Sie haben gesagt, ich darf drei Wünsche äußern: Wenn denn solche Gremien eingerichtet werden, dann wünsche ich mir, dass sie auch abschließend entscheiden dürfen. Im Bundesrat zumindest ist das noch unklar gewesen, weil es Bundesländer gab, für die dieses Gremium ein reines Beratungsgremium ist und die Verwaltung die Beratungsergebnisse nachher zur Kenntnis nehmen und dann eine Entscheidung treffen würde. Wir finden: Wenn es denn diese Gremien bzw. Beiräte gibt, dann sollten sie nachher abschließend entscheiden, am besten indem sie sich – wie gesagt – vorher auch noch untereinander in irgendeiner Form ins Benehmen gesetzt hätten. – Danke.

Vorsitzender Karl Schultheis: Vielen Dank, Herr Zimmermann. Als es gerade um die Fristen ging – 30 Jahre, 50 Jahre –, fiel mir ein: Vielleicht kann man das analog der Vorgaben für die Einbürgerung regeln, wann jemand Deutscher wird. Das ist ja auch national und identitätsstiftend. – Herr Dr. Andreas.

Dr. Christoph Andreas: Viele Fragen! Ich fange mit der Möglichkeit des Negativtestats an. Für mich ist immer ganz entscheidend, wie sich solche Gesetze praktisch umsetzen lassen. Das ist für uns als Praktiker einfach immer wichtig, abgesehen davon, dass mit der Einführung dieses Negativzertifikats und auch der Laissez-Passer-Regelung natürlich noch einmal erheblich mehr Fragen auf die Landesbehörden zukommen.

Denken Sie daran, Frau Grütters geht von 2.000 Anfragen aus. Mit den beiden von ihr selbst eingebrachten Vorschlägen zu Gesetzesänderungen wird das erheblich mehr personellen und zeitlichen Aufwand bedeuten. Negativtestat! Ein Sammler entdeckt auf einer Auktion ein Bild, das er gerne kaufen und nach Deutschland einführen möchte. Er möchte gern ein Negativzertifikat haben, damit er es kaufen und nach Deutschland einführen kann. Zwischen der Vorbesichtigung und der Auktion liegen in der Regel fünf bis sechs Tage. Damit wäre eine Behörde völlig überfordert. Das nur mal zur Praxis dieser Negativzertifikate.

Natürlich kann man das für Dinge machen, die man schon im Land hat, wenn man es unbedingt wissen möchte. Aber noch einmal: Es wird ein erheblich größerer Aufwand werden, und für den Erwerber im Ausland wird das in der Kürze der Zeit gerade im Bereich des Auktionshandels nicht möglich sein. Das nur als kleines Beispiel.

Die andere Fragen waren: Nationales Kulturgut, wie alt? Ab welchem Alter und wie auch immer? – Machen wir uns nichts vor: Es gibt einige Objekte von Gegenwarts-künstlern im nationalen Kulturgut in den jetzigen Länderlisten. In Mecklenburg-Vorpommern, glaube ich, zwölf oder 15 Ueckers. Ich glaube nicht, dass man den Begriff „Nationales Kulturgut“ an einer Altersbestimmung festmachen kann. Das halte ich für äußerst schwierig.

Allerdings haben wir natürlich auch das Problem, dass mit diesem Gesetz pauschal der gesamte Bestand der öffentlichen Museen unter „Nationales Kulturgut“ gestellt wird. Das ist ein bisschen problematisch. Denn die Länder werden bei der Eintragung erst einmal gar nicht wissen: Haben wir schon ein vergleichbares Objekt unter „Nationales Kulturgut“ im Land? Es gibt kaum Bestandskataloge der Museen, schon gar nicht der Archivbestände, die tief im Keller seit 20 Jahren nicht angerührt worden sind. Darunter befinden sich zum Beispiel auch so groteske Situationen wie riesige Nazisammlungen im Münchener Stadtmuseum. Wird das jetzt nationales Kulturgut? Oder ist das Absicht? Ich bin sehr skeptisch, ob diese Auflösung des Wissensprinzips und der Pauschale und der Kulturgutstellen, aller Bestände der Museen sinnvoll ist, und zwar auch weil es ganz schwierig sein wird, vergleichbare Objekte, die schon im öffentlichen Besitz sind, zu ergründen. Das ist nur so ganz am Rande auch ein Thema, das man hört.

Gefragt worden ist, inwieweit man eine Angleichung zwischen anderen Ländern schafft. Es ist ja so, dass im Vorfeld tatsächlich erhebliche Kultur abgewandert ist. Sie haben mit Recht gesagt: Zum Teil ist es hysterisch, zum Teil aber auch durchaus nachvollziehbar, wenn jemand weiß, dass seine Objekte, wenn sie unter nationales Kulturgut gestellt werden, erheblich weniger Wert haben. Es sind Dauerleihgaben aus den Museen abgezogen worden. Es ist auch ganz schwierig, an die Museen heute noch Objekte für temporäre Ausstellungen zu vermitteln. Ich mache das sehr stark und habe dabei in den letzten Jahren meine Erfahrungen gemacht. Viele Museen geben das übrigens auch offen zu.

Natürlich wäre ein europäisches Kulturgutschutzgesetz der sinnvollste Weg. Dann wäre dieses ganze Problem nicht mehr da. Denken Sie an den Ankauf von Holland und Frankreich mit den beiden Rembrandts aus französischem Besitz kommend. Die haben die beiden Nationen gemeinsam angekauft und stellen sie wechselseitig in ihren Museen aus. Das ist natürlich ein schöner Begriff eines europäischen Kulturgutgedankens. Aber sehen Sie das ganze extrem restriktive Gesetz in Italien, in dem es praktisch keinen bedeutenden Kunsthandel gibt und in dem ab einer gewissen Altersgruppe die Kunst komplett aus dem Land abgezogen wird, weil sie sonst überhaupt nicht mehr exportfähig ist. Hier wäre es natürlich auf Dauer sinnvoll, wenn es ein europäisches Kulturgutschutzgesetz gäbe. Das halte ich für aussichtslos. Ich denke aber, mit der Umsetzung der UNESCO-Konventionen, die ja in allen Ländern Pflicht sind, wird in diesem Bereich zumindest einiges zu erreichen sein.

Prof. Dr. Alexander Nützel: Zunächst einmal zur Frage nach dem Unterschied zwischen Kunst und Naturwissenschaften. Dieser Unterschied besteht natürlich. Das ist klar. Ich denke, Objekte aus beiden Bereichen können national wichtige Kulturgüter

und schützenswert sein. Insbesondere die Sammlungen an sich sollten, sofern sie in öffentlicher Hand sind, als Ensemble gesehen werden.

Im Prinzip sind es Naturgüter, wie ich schon sagte, die erst durch menschliche Einwirkungen und durch die intellektuelle Auseinandersetzung – sprich: wissenschaftliche Bearbeitung – Kulturgüter werden. Diese wissenschaftlich wichtigen Objekte, die in den Sammlungen liegen, müssen geschützt werden – auch vor Abwanderung.

Was das Private betrifft, meine ich, dass es bei wichtigen Einzelstücken wie zum Beispiel einem neuen Archaeopteryx vielleicht am besten ein staatliches Vorkaufsrecht geben sollte, und zwar immer unter der Maßgabe: Wenn wir das nicht machen, dann drängen wir den Handel mit solchen Dingen eventuell in die Grauzone. Allerdings arbeiten ja auch viele Leute in den naturwissenschaftlichen Bereichen mit den Privatsammlern zusammen.

Worauf unbedingt geachtet werden sollte, ist, dass international, aber auch national zwischen wissenschaftlichen Institutionen möglichst frei gehandelt, getauscht werden kann. Jetzt ist es so, dass die meisten Beschäftigten an naturwissenschaftlichen Sammlungen Staatsangestellte oder Beamte sind, die per se zur Sorgfaltspflicht angehalten sind und nicht ohne Weiteres Material herausgeben können. Wenn bei uns etwas inventarisiert ist und ich es verkaufe, mache ich mich strafbar. Aber: München zum Beispiel hat vielleicht eineinhalb oder zwei Millionen Fossilienstücke und naturwissenschaftlichen Objekte. Natürlich ist es nur ein gewisser Prozentsatz, der als wichtig angesehen werden kann. Wir haben viele Dinge, die nicht als national wichtig angesiedelt werden könnten.

„Gremien“ und meinetwegen auch beschlussfassende Gremien halte ich für eine gute Idee. Dabei wäre eben unbedingt darauf zu achten, dass auch aus dem naturwissenschaftlichen Bereich Vertreter dabei sind. Es gibt zum Beispiel die Paläontologische Gesellschaft aus der Vertreter dabei sein sollten.

In der Regel wird es relativ selten passieren, dass ein paläontologisches Objekt wirklich in die Liste hineinkommt. Aber es ist durchaus vorstellbar, dass das hin und wieder geschieht. Das kann natürlich nur aufgrund der Meinung eines solchen Expertengremiums mit paläontologischem, zoologischem oder botanischem Wissen geschehen. Es sollten aber nicht nur Einzelstücke sein, sondern es ist zum Beispiel ein Herbarium denkbar, wo Pflanzen gecroppt worden sind, die es eigentlich nicht mehr gibt. Solche Dinge sollten natürlich auch geschützt und aufbewahrt werden. Das ist ohnehin unsere Aufgabe. Ich glaube, es ist vertretbar, wenn das international innerhalb der Wissenschaftlercommunity oder zwischen den Museen gemacht wird, da es dort sowieso keine Probleme gibt, weil wir alle gesetzlich angehalten sind, uns verantwortungsvoll zu verhalten. Und das tun wir auch.

Ein Vorkaufsrecht, das Sie ins Gespräch gebracht haben, würde ich auch für eine elegante Lösung halten. Denn sollte der Staat der Meinung sein, dass ihm eine Sache wirklich so viel wert ist, dass er dafür einen international kompetitiven Preis zahlt, dann scheint es sich ja wirklich um etwas Identitätsstiftendes zu handeln.

Das Thema „Nazizeit“ spielt bei uns so gut wie keine Rolle. Ich kenne keinen einzigen Fall und glaube, es kann nicht in unser aller Interesse sein, ein Gesetz für Fälle zu

machen, die es nicht gibt. Ich will allerdings nicht ganz ausschließen, dass es so etwas gibt. Die Nazis haben natürlich alles geklaut, aber waren doch eher an bildender Kunst wie zum Beispiel Gemälden interessiert.

Dann kam noch eine Frage, wobei ich nicht ganz genau weiß, was Frau Prof. Eder bezüglich des Bestandes und der restriktiven Bestimmung hinsichtlich der Rechtmäßigkeit von Aus- und Einfuhr schwarzer Sammlungsbestände gemeint hat. So etwas darf es natürlich nicht geben. Ich kann mir nur eins vorstellen, das sie gemeint haben könnte: Ich zum Beispiel bin als Konservator verantwortlich für eine Sammlung von mehreren 100.000 Stücken. Ich kann Ihnen nicht guten Gewissens sagen, dass die alle rechtmäßig in meiner Sammlung sind, weil: Unsere Institution besteht seit fast 200 Jahren. Unser Inventar ist im Zweiten Weltkrieg verbrannt. Kann ich besten Gewissens sagen, ich stehe mit meinem Namen dafür, dass es alles mit rechten Dingen zugegangen ist? Das kann ich nicht. Das kann auch sonst niemand. Ich nehme an, das ist es, was sie meint.

Wenn wir die Vorschriften zu engherzig machen, zu viele Vorschriften machen, kann man nicht sicher sein, auch bei neuen Sammlungskomplexen, sprich Nachlässen oder Ankäufen großer Sammlungskomplexe, dass all das, was in diesem Paket drin ist, auch wirklich legal ganz sauber ist, zumal wir ja die rechtlichen Bestimmungen in vielen anderen Ländern gar nicht kennen.

Interessant: In Italien ist es für uns genauso. Es ist es unmöglich, in Italien legal Fossilien zu sammeln. Auch für mich ist es teilweise nicht möglich, herauszufinden, wer zuständig ist. Das heißt hier ist ein Gesetz, das im Prinzip aus der Archäologie stammt, aus der Plünderung von irgendwelchen Gräbern aus vorklassischer Zeit. Dafür ist das Gesetz gemacht worden. Die haben dann einfach „Paläontologie“ mit reingeschrieben mit dem Ergebnis, dass wir dort nicht mehr forschen können. Selbst die Italiener haben große Probleme, dort noch legal Fossilien zu sammeln. Da wollen wir nicht hin.

Ingola Schmitz (FDP): Vielen Dank für Ihre ausführliche Beantwortung unserer Nachfragen. Dennoch möchte ich noch einmal Herrn Dr. Andreas mit einer weiteren Frage ansprechen: Herr Prof. Dr. Harald Falckenberg hat für die Anhörung des Bundestagskulturausschusses eine Aufstellung der voraussichtlichen Kosten – also des Erfüllungsaufwandes – im Zusammenhang mit dem geplanten Gesetz erarbeitet. Könnten Sie die Aufstellung erläutern und dabei gesondert insbesondere auf die voraussichtlichen Kostenbelastungen für die Länder eingehen? Das ist ein ganz wichtiger Aspekt, den wir hier nochmal erörtern sollten. – Haben Sie Anregungen bzw. Ideen, wie sich die Kosten effizient minimieren lassen?

Thomas Nückel (FDP): Ich habe noch eine Frage an Herrn Dr. Andreas. In unserem Antrag betonen wir als FDP-Fraktion den für uns sehr wichtigen Punkt der Privatsphäre. Unterschutzstellung ist das eine, Schutz der Privatsphäre und damit auch des Eigentums des einen oder anderen ist das andere. Sehen Sie dies im vorliegenden Gesetzentwurf ausreichend gewährleistet?

Dr. Christof Andreas: Zur zweiten Frage, die Sie gestellt haben: Im Gesetzentwurf ist ja geregelt, dass wir verpflichtet werden, unsere Kundendaten 30 Jahre lang aufzuheben. Das ist natürlich gerade für den Auktionshandel mit einem ganz beachtlichen Bestand und Umschlag eine beachtliche Summe an Objekten. Der Zugriff auf diese Daten kann unter der Vermutung des Raubkunstverdachts erfolgen. Ich sehe hier ein gewisses Problem für den Schutz der Privatsphäre der Sammler. Denn es gibt – solange es kein Raubkunstgesetz gibt, das ja geplant ist – gar keine rechtliche Anspruchsgrundlage, auf diese Daten zurückzugreifen. Es gibt auch kein anderes Berufsfeld – sei es noch so heikel –, in dem so lange – nämlich 30 Jahre – aufbewahrt werden muss. Das halte ich für unverhältnismäßig. Vor allen Dingen halte ich den Zugriff auf diese Daten aus datenschutzrechtlichen und personenschutzrechtlichen Gründen für äußerst problematisch, was die Kosten angeht, zumal es wie gesagt gar keine rechtlichen Grundlage dafür gibt.

Herr Falckenberg hat ja eine Kostenaufstellung gemacht aufgrund der Erfahrung des Handels mit Exportartikeln. Frau Grütters geht in ihrem Entwurf von 2.000 Anträgen im Jahr aus. Allein der Münzhandel hat aufgelistet, dass er zwischen 100 und 200.000 Anträgen stellen muss. Jetzt rechnen Sie einmal die schon angekündigten Negativtestate und die Laissez-Passer-Regelungen, also die vorübergehende Einfuhr, die geplant sind, dazu. Damit kommt noch einmal Erhebliches auf die Länder zu. Es ist ja das erklärte Ziel oder auch das, was Frau Grütters erklärt hat, das sei Ländersache, das müssen die Länder übernehmen.

Herr Falckenberg geht, ganz vorsichtig geschätzt, und zwar nach den Normen des Normenkontrollrats, der ja übrigens die Kostenfrage des Kulturschutzgesetzes in Frage stellt, von 43 Millionen aus. Das ist aber nur ein Teil. Ich hatte vorhin schon erwähnt: Es gibt ja Sorgfaltspflichten im Umgang mit nationalem Kulturgut, die dem Privatmann auferlegt werden: Er darf es nicht zerstören, er darf es nicht beschädigen, er muss den Verlust melden. – Das gilt natürlich auch für alle Museumsbestände. Denn die Museumsbestände werden per se oder per Gesetz nationales Kulturgut. Glauben Sie mir: Ich weiß, was alles als Leihgaben bei Amtsstuben verschwindet. Das wird auch einem Museumsdirektor ein paar schlaflose Nächte bereiten. Ich weiß auch, wie es teilweise in den Museumsbeständen in den Archiven aussieht, in welchen Zustand die Objekte dort sind. Das dürfen wir nicht vergessen. Damit kommen gewaltige Kosten auf die Länder zu, um dieses Gesetz zu erfüllen. Dazu sind sie – wenn das für den Privatmann gilt – als Staat natürlich genauso verpflichtet.

Das gleiche gilt natürlich – wie ich vorher schon angedeutet hatte – für die Provenienzforschung. Es kann nicht sein, dass wir hier einen Aufwand bekommen, wo wir jeden wirtschaftlichen Aufwand – ganz egal wie teuer das Objekt ist – gewährleisten müssen. Herr Zimmermann hat es eben angedeutet und Frau Grütters wird seit 18 Jahren aus dem Ausland immer wieder darauf hingewiesen: Die Länder können aufgrund von Personal- und Geldmangel keine Provenienzforschung leisten. Das wird für ein Land wie Nordrhein-Westfalen – wenn dieses Gesetz so kommt – dazu führen, dass Sie Hunderte von Provenienzstellen einrichten müssen. Darauf wird uns auch das Ausland auf alle Fälle hinweisen.

Sie haben eben zu Recht gefragt, was wir mit den Geschichten aus der ehemaligen DDR machen. Das wird schon aus dem Grunde ein ganz großes Problem werden, weil der Verkäufer der Staat selbst war. Schalck Golodkowski hat mit Wissen der BRD diese Kunsthandels AG gegründet, wo aus Museumsbeständen, aber auch abgepresst aus Privatbesitz, verkauft worden ist. Das wird ein zusätzliches Thema von immensem Aufwand und mit großen, großen Schwierigkeiten werden.

Olaf Zimmermann: Bei aller Wertschätzung für diese Berechnungen finde ich es ganz wichtig, dass wir jetzt nicht zwei Sachen miteinander vermischen: Ein Museum hat die primäre Aufgabe, Kunstwerke dauerhaft zu erhalten. Wenn wir jetzt anfangen, darüber nachzudenken, dass die Museen das nicht tun, dann haben wir ein wirklich großes kulturpolitisches Problem. Ich finde, darüber müssen wir zuvörderst sprechen. Wenn es um das Verschwinden von Museumsbeständen aus Ministerien geht, würde ich wirklich bitten, Ross und Reiter zu nennen, weil: Das ist nicht okay. Das ist kriminell. Das geht nicht. Das hat auch nichts mit diesem Kulturgutschutzgesetz zu tun, sondern das ist auch vorher kriminell gewesen. Das ist auch nachher kriminell.

Wir sollten schauen, wo ein Mehraufwand entsteht. Es wird ein Mehraufwand entstehen, das ist gar keine Frage. Ich fände es richtig, wenn wir gerade im Bereich der Provenienzforschung eine Dynamik von dem letztendlich in der NS-Zeit verbrachten Kulturgut bekämen. Das würde ich gut finden. Da haben wir eine riesige Lücke. Es ist eine kulturpolitische Peinlichkeit, dass wir das nicht besser gelöst bekommen. Wenn dieses Gesetz etwas dazu beitragen würde, dass wir uns damit ein bisschen mehr beschäftigen würden, würde ich das gut finden. Ich finde es okay, wenn wir darüber sprechen, dass das auch Geld kostet. Das wird Geld kosten, da können wir uns dann auch treffen.

Was das Hineinpreschen in die Privatsphäre angeht: Dieser ganze Bereich, den ich ja auch ganz gut kenne, ist ein Bereich, der sehr autonom handelt und sich auch sehr autonom daran gewöhnt hat, dass er nicht unter einer starken Kontrolle steht. Das finde ich auch zutiefst sympathisch und auch gut. Der Kunsthandel erhält ja im Gegensatz zu den anderen künstlerischen und kulturwirtschaftlichen Bereichen keine öffentliche Förderung. Selbst diese kleine öffentliche Wahrnehmung, die es durch einen ermäßigten Mehrwertsteuersatz gab, ist mittlerweile Geschichte.

Man versteht zwar, dass dort große Sensibilitäten sind, darf diese Sensibilitäten aber nicht übertreiben. Natürlich gibt es Nachweispflichten, die auch der Kunsthandel erbringen muss. Und natürlich ist es heute schwieriger, eine Mandarine, eine Zitrone oder irgendein anderes Lebensmittel aus einem europäischen Land nach Deutschland zu bringen als ein Kunstwerk. Wir haben höhere Schutzstandards in anderen Bereichen. Jetzt machen wir uns darüber Gedanken, dass man eben auch in diesem Bereich ein bisschen mehr nachguckt.

Wenn Sie – was ja das Naheliegendste wäre – das Kulturgutschutzgesetz mit dem Denkmalschutzgesetz vergleichen, dann werden Sie feststellen: Jemand, der ein Denkmal besitzt, weit mehr Eingriffe in sein persönliches Handeln und in seine Privatsphäre zu erdulden hat als nach der Verabschiedung des jetzt vorliegenden Kulturgutschutzgesetzes. Wir haben ein Denkmalschutzgesetz, das sehr viel restriktiver ist

als das Kulturgutschutzgesetz, zumindest so, wie es nach dem jetzt vorliegenden Entwurf werden könnte. Es gehört, finde ich, zur Ehrlichkeit auch dazu, dass wir uns das anschauen.

Dr. Christoph Andreas: Herr Zimmermann, Sie haben mich direkt angesprochen. Es darf in einem Fall gar keine Missverständnisse geben: Die Problematik der NS-Raubkunst, ihrer Aufarbeitung und der Provenienzforschung stellt der Kunsthandel in keins-ter Weise in Frage. Das muss von vornherein geklärt sein. Ich arbeite seit langer Zeit sehr eng mit Provenienzforschern von Museen zusammen. Es geht nur um den Hin-weis darauf, dass der Staat mit diesem Gesetz die Länder zwingen wird, erheblich mehr für diese Dinge auszugeben. Das müssen sie einfach nur wissen. Es ging um den Zusammenhang mit der Kostenfrage. Das nur dazu, damit an der Stelle keine Missverständnisse auftreten.

Natürlich gibt es ein Denkmalschutzgesetz, aber das Denkmal ist da, es wird nicht irgendwo anders hingebracht und die Unterstützung und die Hilfen für das Denkmal sind natürlich erheblich höher als für das unter Kulturschutz gestellte Objekt. Das muss man einfach schon einmal in der unterschiedlichen Geschichte sehen. Ich wiederhole es: Ich bin sehr skeptisch, ob es wirklich richtig ist, dass alles, was in die Museumsbe-ständen kommt, unter nationales Kulturgut gestellt wird. Da gibt es wirklich beachtliche Dinge auch nachzuholen, und natürlich ist es so: Es stehen nach dem Gesetz drei Jahre Gefängnis darauf, wenn jemand nationales Kulturgut in Privatbesitz zerstört, weil er seine Sorgfaltspflichten verletzt hat. Wenn ich privat Kulturgut habe und es zerstöre, stehen darauf nach dem Gesetz drei Jahre Gefängnis. Ich darf es nicht zerstören, ich darf es nicht beschädigen.

Es geht nicht um ein Ministerium. Mir selbst ist schon ein Objekt angeboten worden, was in einem Amt in Frankfurt ausgeliehen gewesen ist, aber die Stadt Frankfurt wusste nicht, dass es aus einem Museum kommt, und hat es selbst verkauft.

Das Land Baden-Württemberg hat im letzten Jahr vom Rechnungshof eine Aufstellung gemacht, dass ihnen über 500 Objekten aus öffentlichen Sammlungen abhandenge-kommen sind. Das ist also kein Thema, das man unter den Tisch kehren kann, sondern auch hier wird es erhebliche Aufwendungen für die Museen geben nachzuhaken: Wo sind die vielen Stücke, die seit 30, 40 Jahren nicht im Keller gewesen sind? – Das wird in Nordrhein-Westfalen in allererster Linie die Kommune zu leisten haben. Denn in Nordrhein-Westfalen sind die meisten Museen bei den Kommunen angesiedelt. Ob die Kommunen das Geld dafür haben, möchte ich bezweifeln. Deswegen nur der Hinweis: Das wird ein Gesetz, das sehr umfangreich ist und sehr teuer wird. Die Rechnungen, die dort im Gesetz als Erfüllungsaufwand gemacht worden sind, sind mit Sicherheit in dieser Form nicht nachzuvollziehen.

Vorsitzender Karl Schultheis: Vielen Dank, Herr Dr. Andreas. – Zu den Amtsstuben ein Beispiel: Wir haben in Nordrhein-Westfalen das Kunsthaus NRW, also die Samm-lung der Ankäufe im Rahmen der Künstlerinnen- und Künstlerförderung in Korne-limünster, da hat es vor Jahrzehnten einmal Probleme gegeben. Aber heutzutage sind

dort alle Werke registriert. Wenn die an Ministerien oder auch an Abgeordnete ausgeliehen werden, wird das registriert. Man kümmert sich darum, wie die gehängt werden, wo die aufbewahrt werden. Das ist mittlerweile sehr, sehr gut geregelt in Nordrhein-Westfalen.

Ich wollte das als positives Beispiel dem entgegensetzen, was Sie über die Amtsstuben gesagt haben.

Herzlichen Dank. Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Damit schließe ich die Anhörung. Ich darf mich nochmals recht herzlich bei den anzuhörenden Experten bedanken. Das Ausschussprotokoll wird das, was heute hier beraten worden ist, wiedergeben und als Arbeitsgrundlage für unsere weitere Beratung dienen. Sie können die entsprechenden Protokolle natürlich auch im Internet abrufen. Auf die abschließende Beratung zu diesen Antrag möchte ich noch hinweisen, die am 23. Juni dann stattfinden wird.

2 Verschiedenes

Vorsitzender Karl Schultheis: Ich weise auf die nächste Sitzung am 30. Mai hin. Das ist ein zusätzlicher Ausschusstermin, den wir einvernehmlich festgelegt haben. Es stehen dort an: Das Votum zum Integrationsantrag – das ist der Antrag der Fraktionen von SPD und Bündnis 90/Die Grünen. Ich muss nur darauf hinweisen, dass das Protokoll des Sachverständigengesprächs, das wir zu diesem Antrag durchgeführt haben, zu diesem Zeitpunkt noch nicht vorliegen wird. Gegebenenfalls müssten Sie ein Wortprotokoll anfordern. Das ist technisch möglich.

Wir haben dann den Rundfunkänderungsstaatsvertrag. Ich frage mal nach: Die Anhörung hat ja im Hauptausschuss stattgefunden. Wird das Protokoll dann da sein? – Ist angekündigt. Wird das noch zu großem Erörterungsbedarf hier im Ausschuss führen? Ich frage das nur wegen der zeitlichen Disponierung dieser ganzen Geschichte.

(Thomas Nückel [FDP]: Wir werden es kurz machen und ein paar Takte dazu sagen!)

– Okay, davon gehe ich aus.

Herzlichen Dank. Dann darf ich die Sitzung schließen.

gez. Karl Schultheis
Vorsitzender

Anlage

24.06.2016/06.07.2016

160

Stand: 23.05.2016

Zuziehung von Sachverständigen
Sitzung des Ausschusses für Kultur und Medien
am 24.05.2016Thema: "**Kulturelles Erbe schützen, Freiheit von Kunst und Kultur bewahren und stärken – Gesetzentwurf zum Kulturgutschutz muss gründlich überarbeitet werden**"

Antrag der Fraktion FDP, Drucksache 16/10915

Tableau

eingeladen	Redner/in Weitere Teilnehmer/-innen	Stellungnahme
Herrn Olaf Zimmermann Deutscher Kulturrat e.V. Berlin	Olaf Zimmermann	16/3859
Herrn Kristian Jarmuschek Bundesverband Deutscher Galerien und Kunsthändler e.V. Berlin	Dr. Christoph Andreas	16/3847
Herrn Prof. Dr. Alexander Nützel Bayerische Staatssammlung für Paläontolo- gie und Geologie München	Prof. Dr. Alexander Nützel	16/3869
Herrn Dr. Eckart Köhne Deutscher Museumsbund e.V. Berlin	<i>Keine Teilnahme</i>	16/3860
Frau Isabel Pfeifer-Poensgen Kulturstiftung der Länder Generalsekretärin Berlin	<i>Keine Teilnahme</i>	----

* * *